26. Januar 2015

Minderjährigendatenschutz in der EU-Datenschutzverordnung

Stellungnahme des Verbraucherzentrale Bundesverbandes

zur Verarbeitung personenbezogener Daten von Minderjährigen in der zur Beratung stehenden EU-Datenschutzverordnung, dort Art. 8

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. – vzbv
Team Digitales und Medien
Markgrafenstr. 66
10969 Berlin
digitales@vzbv.de
www.vzbv.de

Einführung

Nahezu alle Kinder und Jugendlichen surfen täglich im Netz. Nach einer aktuellen Studie des BITKOM sind beispielsweise in der Altersgruppe von 10 bis 11 Jahren mit einem Anteil von 94 Prozent nahezu alle Kinder regelmäßig online.¹ Die Studie zeigt zudem weiter, dass je älter die Kinder und Jugendlichen werden, sie desto häufiger online sind und mehr Zeit im Internet verbringen.² Kein Wunder – steigt das Internetangebot für Kinder doch fast täglich. Soziale Netzwerke und Online-Spiele erfahren die meiste Beliebtheit. Auf allen Seiten ist aber immer wieder zu beobachten, dass viele persönliche Daten von Kindern abgefragt werden bzw. die Angabe der Daten Voraussetzung für die Teilnahme an den Diensten ist.

Je jünger Kinder sind, desto weniger sind sie in der Lage zu beurteilen, ob die Preisgabe ihrer Daten rechens, erforderlich und sinnvoll ist.³ Kinder sind darüber hinaus noch weniger imstande, die Konsequenzen hinsichtlich der Verwendung ihrer Daten zu überblicken und richtig einzuschätzen. Die Unüberschaubarkeit der Datenverarbeitung erschwert in jedem Fall das Verständnis für den Schutz der eigenen persönlichen Daten.

Insbesondere die Einwilligung in die Verwendung der Daten gewinnt im Netz immer mehr an Bedeutung. So ist die Einwilligung mit der Entwicklung des Internets nicht länger nur eine Rechtsgrundlage für die Verwendung und Verarbeitung von Daten. Vielmehr wird die datenschutzrechtliche Einwilligung immer mehr von Internet-Unternehmen zu Kommerzialisierungszwecken verwendet.⁴ Die Daten der Nutzer sind heute die Währung im Internet. Dienstleistung gegen Daten: so sieht das Geschäft im Netz aus. Das Tauschmodell Leistung gegen Einwilligung erfährt immer mehr Bedeutung.⁵ Die Einwilligung als Ausübung der informationellen Selbstbestimmung steht damit vor neuen Herausforderungen. Damit einher geht auch die zunehmende Bedeutung der Einwilligung von Minderjährigen in die Verwendung ihrer Daten.

Forderung

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) begrüßt einen eigenen Artikel 8 in der gerade diskutierten EU-Datenschutzverordnung (EU-DS-VO) zur Regelung der Verarbeitung von personenbezogenen Daten eines Kindes.

Um aber dem besonderen Schutzbedürfnis von Minderjährigen gerecht zu werden und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten von Minderjährigen auch klare Grenzen zu setzen, bedarf es wesentlicher Anpassungen des vorgeschlagenen Artikel 8 EU-DS-VO.

¹ BITKOM, Studie zu Kindern und Jugendlichen in der digitalen Welt, http://www.bitkom.org/de/presse/8477_81181.aspx

² BITKOM, Studie zu Kindern und Jugendlichen in der digitalen Welt, http://www.bitkom.org/de/presse/8477_81181.aspx

³ Artikel-29-Datenschutzgruppe, Stellungnahme 2/2009 zum Schutz der personenbezogenen Daten von Kindern

⁴ Rogosch, Die Einwilligung im Datenschutzrecht, S. 36

⁵ Buchner, DuD 2010, S. 39

So ist zum einen die Einwilligung von Kindern in die Nutzung ihrer Daten an besondere Voraussetzungen zu knüpfen, und zum anderen sollte als Schutzmechanismus die Erhebung von Daten von Minderjährigen besonderen Restriktionen unterliegen, die auch nicht durch Einwilligungen aufgehoben werden können. Beispielsweise sollte ein Profiling von Kindern bzw. die Verarbeitung sensibler Daten auf Basis einer Einwilligung ausgeschlossen sein.

Neuer Regelungsvorschlag

1. Bei der Anwendung von Artikel 6 (1) (a) gilt, dass
 - a) die Verarbeitung personenbezogener Daten eines Kindes bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahr nur rechtmäßig ist, wenn und insoweit die Einwilligung hierzu durch die Eltern oder den Sorgeberechtigten des Kindes erteilt wird.
 - b) die Verarbeitung personenbezogener Daten eines Kindes im Alter zwischen dem fünfzehnten und der Vollendung des achtzehnten Lebensjahrs nur rechtmäßig ist, wenn die Einwilligung durch das Kind erteilt wird und das Kind die Informationen über die Erhebung und Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten besonders hervorgehoben und in einer eindeutigen und Kindern angemessenen Sprache erhält.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche unternimmt unter Berücksichtigung der vorhandenen Technologie angemessene Anstrengungen, um die Einwilligung durch das Kind oder die Eltern oder den Sorgeberechtigten des Kindes zu überprüfen, ohne eine unangemessene Verarbeitung personenbezogener Daten zu verursachen.

2. Die Verarbeitung personenbezogener Daten eines Kindes ist nicht rechtmäßig,
 - a) auf Basis des Artikel 9 (2) (a)
 - b) auf Basis des Artikel 20 (2) (c)
3. Die Vorschriften der Absätze 1 und 2 sind zu beachten,
 - a) wenn sich Dienste und Angebote direkt an Kinder richten oder
 - b) sobald der für die Verarbeitung Verantwortliche Kenntnis darüber erlangt, dass er personenbezogene Daten eines Kindes erhebt und verarbeitet oder
 - c) wenn es sich um Dienste und Angebote handelt, die typischer Weise auch von Kindern genutzt werden. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unternimmt in diesem Fall unter Berücksichtigung der vorhandenen Technologie angemessene Anstrengungen, das Alter der von der Verarbeitung betroffenen Personen zu überprüfen, ohne eine unangemessene Verarbeitung personenbezogener Daten zu verursachen.
4. Absatz 1 lässt das allgemeine Vertragsrecht der Mitgliedstaaten, etwa die Vorschriften zur Gültigkeit, zum Zustandekommen oder zu den Rechtsfolgen eines Vertrags mit einem Kind, unberührt.
5. Der Europäische Datenschutzausschuss wird beauftragt, Leitlinien, Empfehlungen und bewährte Praktiken in Bezug auf die Überprüfung des Alters gemäß Absatz 1 (c) sowie der Einwilligung gemäß Absatz 2 (b) nach Maßgabe von Artikel 66 zu veröffentlichen.

Synopse

Vorschlag EU-Kommission	Regelungsvorschlag vzbv
<p>Artikel 8 Verarbeitung personenbezogener Daten eines Kindes</p> <p>1. Für die Zwecke dieser Verordnung ist die Verarbeitung personenbezogener Daten eines Kindes bis zum vollendeten dreizehnten Lebensjahr, dem direkt Dienste der Informationsgesellschaft angeboten werden, nur rechtmäßig, wenn und insoweit die Einwilligung hierzu durch die Eltern oder den Vormund des Kindes oder mit deren Zustimmung erteilt wird. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unternimmt unter Berücksichtigung der vorhandenen Technologie angemessene Anstrengungen, um eine nachprüfbare Einwilligung zu erhalten.</p> <p>2. Absatz 1 lässt das allgemeine Vertragsrecht der Mitgliedstaaten, etwa die Vorschriften zur Gültigkeit, zum Zustandekommen oder zu den Rechtsfolgen eines Vertrags mit einem Kind, unberührt.</p> <p>3. Die Kommission wird ermächtigt, delegierte Rechtsakte nach Maßgabe von Artikel 86 zu erlassen, um die Modalitäten und Anforderungen in Bezug auf die Art der Erlangung einer nachprüfbaren Einwilligung gemäß Absatz 1 näher zu regeln. Dabei zieht die Kommission spezifische Maßnahmen für Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittlere Unternehmen in Betracht.</p> <p>4. Die Kommission kann Standardvorlagen für spezielle Arten der Erlangung einer nachprüfbaren Einwilligung gemäß Absatz 1 festlegen. Die entsprechenden Durchführungsrechtsakte werden in Übereinstimmung mit dem Prüfverfahren gemäß Artikel 87 Absatz 2 erlassen.</p>	<p>Artikel 8 Verarbeitung personenbezogener Daten eines Kindes</p> <p>1. Für die Zwecke dieser Verordnung ist Bei Anwendung von Artikel 6 (1) (a) gilt, dass</p> <p>a) die Verarbeitung personenbezogener Daten eines Kindes bis zum vollendeten dreizehnten vierzehnten Lebensjahr, dem direkt Dienste der Informationsgesellschaft angeboten werden, nur rechtmäßig ist, wenn und insoweit die Einwilligung hierzu durch die Eltern oder den Vormund Sorgeberechtigten des Kindes oder mit deren Zustimmung erteilt wird. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unternimmt unter Berücksichtigung der vorhandenen Technologie angemessene Anstrengungen, um eine nachprüfbare Einwilligung zu erhalten erteilt wurde</p> <p>b) die Verarbeitung personenbezogener Daten eines Kindes im Alter zwischen dem fünfzehnten und der Vollendung des achtzehnten Lebensjahrs nur rechtmäßig ist, wenn die Einwilligung durch das Kind erteilt wird und das Kind die Informationen über die Erhebung und Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten besonders hervorgehoben und in einer eindeutigen und Kindern angemessenen Sprache erhält.</p> <p>Der für die Verarbeitung Verantwortliche unternimmt unter Berücksichtigung der vorhandenen Technologie angemessene</p>

	<p>Anstrengungen, um die Einwilligung durch das Kind oder die Eltern oder den Sorgeberechtigten des Kindes zu überprüfen, ohne eine unangemessene Verarbeitung personenbezogener Daten zu verursachen.</p> <p>2. Die Verarbeitung personenbezogener Daten eines Kindes ist nicht rechtmäßig,</p> <ul style="list-style-type: none">a) auf Basis des Artikel 9 (2) (a)b) auf Basis des Artikel 20 (2) (c) <p>3. Die Vorschriften der Absätze 1 und 2 sind zu beachten,</p> <ul style="list-style-type: none">a) wenn sich Dienste und Angebote direkt an Kinder richten oderb) sobald der für die Verarbeitung Verantwortliche Kenntnis darüber erlangt, dass er personenbezogene Daten eines Kindes erhebt und verarbeitet oderc) wenn es sich um Dienste und Angebote handelt, die typischer Weise auch von Kindern genutzt werden. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unternimmt in diesem Fall unter Berücksichtigung der vorhandenen Technologie angemessene Anstrengungen, das Alter der von der Verarbeitung betroffenen Personen zu überprüfen, ohne eine unangemessene Verarbeitung personenbezogener Daten zu verursachen. <p>2-4. Absatz 1 lässt das allgemeine Vertragsrecht der Mitgliedstaaten, etwa die Vorschriften zur Gültigkeit, zum Zustandekommen oder zu den Rechtsfolgen eines Vertrags mit einem Kind, unberührt.</p>
--	--

	<p>4. 5. Der Europäische Datenschutzausschuss wird beauftragt Leitlinien, Empfehlungen und bewährte Praktiken in Bezug auf die Überprüfung des Alters gemäß Absatz 1 (c) sowie der Einwilligung gemäß Absatz 2 (b) nach Maßgabe von Artikel 66 zu veröffentlichen.</p> <p>3. Die Kommission wird ermächtigt, delegierte Rechtsakte nach Maßgabe von Artikel 86 zu erlassen, um die Modalitäten und Anforderungen in Bezug auf die Art der Erlangung einer nachprüfaren Einwilligung gemäß Absatz 1 näher zu regeln. Dabei zieht die Kommission spezifische Maßnahmen für Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittlere Unternehmen in Betracht.</p> <p>4. Die Kommission kann Standardvorlagen für spezielle Arten der Erlangung einer nachprüfaren Einwilligung gemäß Absatz 1 festlegen. Die entsprechenden Durchführungsrechtsakte werden in Übereinstimmung mit dem Prüfverfahren gemäß Artikel 87 Absatz 2 erlassen.</p>
--	---

Begründung im Einzelnen

Es ist zu begrüßen, dass die Europäische Kommission in ihrem Entwurf festgelegt hat, dass Kinder bis zu einem gewissen Alter nicht selbst in die Datenverarbeitung durch „Dienste der Informationsgesellschaft“ einwilligen können sollen. Allerdings ist nicht verständlich, warum es außerhalb dieser „Dienste der Informationsgesellschaft“ keine Regelung zur Einwilligung durch Minderjährige geben soll. Die Regelungen sollten für alle Angebote und Dienste gelten, die sich gezielt an Kinder richten. Gleiches gilt für jede Datenverarbeitung, sobald der für die Verarbeitung Verantwortliche Kenntnis darüber erlangt, dass er personenbezogene Daten eines Kindes verarbeitet. Wenn es sich um Dienste und Angebote handelt, die typischer Weise auch von Kindern genutzt werden, sollte der für die Verarbeitung Verantwortliche unter Berücksichtigung der vorhandenen Technologie angemessene Anstrengungen unternehmen müssen, das Alter der von der Verarbeitung betroffenen Personen zu überprüfen, ohne eine unangemessene Verarbeitung personenbezogener Daten zu verursachen. Dabei sollten die Prinzipien des „Privacy by Design“, der Datensparsamkeit und der Zweckbindung streng zu beachten sein. Anonyme Altersverifikationen sind zu entwickeln und zu verwenden (beispielsweise die „Attribute-Based Credentials for Trust“ des EU-geförderten

Projektes ABC4Trust oder die Altersverifikationsfunktion des deutschen elektronischen Personalausweises).

Darüber hinaus ist die Altersgrenze, ab wann Kinder selbstständig in eine Datenverarbeitung einwilligen können, mit dem „vollendeten dreizehnten Lebensjahr“ bisher zu gering angesetzt und sollte auf das vollendete vierzehnte Lebensjahr heraufgesetzt werden. Die Einwilligung in die eigene Datenverarbeitung hängt von der Einsichtsfähigkeit des Betroffenen ab. Bei Kindern und Jugendlichen wird davon ausgegangen, dass die Einsichtsfähigkeit noch nicht im gleichen Maße ausgeprägt ist wie bei Erwachsenen. Zudem kann die Einsichtsfähigkeit von Gleichaltrigen ganz unterschiedlich ausgeprägt sein, denn die Fähigkeit zum selbständigen und verantwortungsbewusstem Handeln liegt bei jedem zu einem unterschiedlichen Zeitpunkt vor. Feste Altersgrenzen zur Annahme der Einsichtsfähigkeit bestehen aktuell nicht. In der Praxis bedeutet das für Verbraucher und Internetanbieter gleichermaßen eine hohe Rechtsunsicherheit. Die Einsichtsfähigkeit müsste immer an den konkreten Datenverarbeitungsabsichten und Datenverarbeitungsbedingungen festgemacht werden.⁶ Zudem könnte auch nur in der konkreten Situation entschieden werden, ob der Minderjährige selbst einwilligen kann oder die Einwilligung der gesetzlichen Vertreter erforderlich ist.⁷ Internetanbieter haben aber nicht die Möglichkeit, die jeweilige individuelle Einsichtsfähigkeit zu prüfen. Zudem wird ihnen aufgebürdet für die jeweiligen Datenverarbeitungsvorgänge festzulegen, wann die Einwilligung des Minderjährigen ausreicht und wann die Einwilligung der gesetzlichen Vertreter erforderlich ist.

Aufgrund der komplexen und häufig intransparenten Datenverarbeitungsvorgänge insbesondere im Internet, die sich in Zeiten von Big Data und Cloud Computing immer mehr potenzieren, scheint es geboten, feste Altersgrenzen festzulegen. Auch die Regelungen zur Geschäftsfähigkeit geben strenge Altersgrenzen vor (§ 104ff BGB), die zu einer Sicherheit im Geschäftsverkehr sowohl auf Seiten der Minderjährigen und Eltern, als auch auf Seiten der Unternehmen führt. In der EU-Datenschutzverordnung sollte eine Festlegung zur Wirksamkeit der Einwilligung in die Datenverarbeitung auf das vollendete 14. Lebensjahr erfolgen. So sind beispielsweise auch jetzt Kinder erst ab 14 Jahren strafmündig, haben die volle Religionsmündigkeit und können eigene Entscheidung über die Namensänderung tätigen.

Um dem besonderen Schutzbedürfnis von Kindern darüber hinaus gerecht zu werden, sind weitere Voraussetzungen an die Einwilligung eines Kindes zu knüpfen. Wenn bei Minderjährigen die Einwilligungsfähigkeit zuerkannt wird, ist es von entscheidender Bedeutung, dass ihnen auch die erforderlichen Informationen gegeben werden. Die Verarbeitung personenbezogener Daten eines Kindes sollte daher nur rechtmäßig sein, wenn die Informationen, die im Hinblick auf die Abgabe einer Einwilligung den Kindern bereit gestellt werden, einschließlich solcher über die Erhebung und Verwendung personenbezogener Daten, besonders hervorgehoben und in einer eindeutigen und Kindern angemessenen Sprache abgefasst sind. Datenschutzerklärungen müssen in einer einfachen Sprache verständlich gefasst sein und auch einzelne Einwilligungen in die Datenverarbeitung müssen so gestaltet sein, dass der Minderjährige erkennt,

⁶ Simitis, Bundesdatenschutzgesetz, § 4a, Rdnr. 21

⁷ Simitis, Bundesdatenschutzgesetz, § 4a, Rdnr. 21

worin er tatsächlich einwilligt. Denn auch schon bisher ist das größte Problem der Einwilligung als Ausdruck des informationellen Selbstbestimmungsrechts die mangelnde Transparenz. Bisher besteht im Netz ein Informationsungleichgewicht zugunsten der Internetanbieter. So sind zum einen die Datenschutzerklärungen zu lang und unverständlich und zum anderen sind Opt-Out-Modelle im Netz vorherrschend. Für das Opt-Out-Modell ist keine aktive bewusste Handlung des Nutzers erforderlich. Die Einwilligungsregelungen befinden sich in den aus vielen Klauseln bestehenden Geschäftsbedingungen und Datenschutzerklärungen der Internetanbieter und mit Zustimmung zu diesen Bestimmungen erteilt der Nutzer automatisch auch seine Einwilligung in die Datenverwendung. Nur durch aktives Streichen der Klauseln bzw. durch einen Widerspruch im Nachhinein hat der Nutzer die Möglichkeit die Datenverwendung zu unterbinden. Demnach ist es insbesondere für Minderjährige von entscheidender Bedeutung, dass die Datenverwendung durch ein Opt-In erfolgt. Hier bedarf die Einwilligung einer aktiven, bewussten Willensbetätigung, mit der der Nutzer zum Ausdruck bringt, dass er der Datenverwendung zustimmt. Damit kann dem Einzelnen auch bewusst werden, dass die Dienstleistung, die er im Netz erhält eben nicht umsonst ist, sondern die Preisgabe seiner Daten voraussetzt.

Darüber hinaus sollte für die Wahrung des Schutzbedürfnisses die Erhebung von Daten von Minderjährigen besonderen Restriktionen unterliegen, die auch nicht durch Einwilligungen aufgehoben werden können. Beispielsweise sollte ein Profiling von Kindern bzw. die Verarbeitung sensibler Daten auf Basis einer Einwilligung ausgeschlossen sein. Denn umso jünger Kinder sind, desto weniger sind sie in der Lage zu beurteilen, ob die Preisgabe ihrer Daten sinnvoll und erforderlich ist.⁸ Minderjährige sind darüber hinaus noch weniger imstande, die Konsequenzen hinsichtlich der Verwendung ihrer Daten zu überblicken und richtig einzuschätzen.

⁸ Artikel-29-Datenschutzgruppe, Stellungnahme 2/2009 zum Schutz der personenbezogenen Daten von Kindern